



Presseinformation

Nr. 186/2011

Kiel, Freitag, 25. März 2011

Energie / Konzessionsabgabenordnung Gas

Oliver Kumbartzky: Höhere Konzessionsabgaben für Gas führen zu Preissteigerungen und zum Ausweichen in weniger klimaverträgliche Energieträger

In seiner Rede zu **Top 38** (Bundesratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenordnung) sagt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Der Antrag der Grünen ist verbraucherfeindlich, klimaschädlich und kartellrechtlich bedenklich. Die eingegangenen Stellungnahmen geben ein eindeutiges Bild ab.“ Die Grünen wollten durch eine Bundesratsinitiative erreichen, dass die Gas-Versorger stärker als bisher Konzessionsabgaben leisten müssen, damit die kommunalen Kassen mehr Einnahmen hätten.

„Wir haben einen Wettbewerb auf den Energiemärkten und die Kunden können frei entscheiden, wer sie mit Strom oder Gas beliefern soll. Logischerweise ist durch den Wettbewerb auch die Vertragslandschaft sehr bunt.“ Sollte nun seitens des Gesetzgebers festgelegt werden, dass die Konzessionsabgaben für Gas steigen, würden die Kosten von den Energieversorgern auf die Verbraucher umgelegt werden, erklärt Kumbartzky. Energie sollte sicher, aber auch umweltfreundlich und zudem wirtschaftlich sein. Preisanstiege aufgrund höherer Konzessionsabgaben widersprechen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. „Wir sollten uns wirklich fragen, ob wir eine Preissteigerung gesetzlich herbeiführen wollen“, so Kumbartzky

„Auf die Privatverbraucher und Unternehmen würden laut Bundeskartellamt Belastungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro zukommen. Zugleich birgt die Änderung deutliche kartellrechtliche Gefahren.“ Die erhofften Mehreinnahmen für die Kommunen ließen sich nicht bestätigen und der Vorschlag würde zur Wettbewerbsbenachteiligung des Energieträgers Gas gegenüber anderen weniger klimaverträglichen Energieträgern wie z.B. Heizöl führen, so Kumbartzky abschließend.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer